

Stellungnahme zu einem Antrag öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Bezirksvertretung 2 (Rodenkirchen)	17.02.2020

Zwischenlösung für das Bezirksrathaus Rodenkirchen - zum Antrag der CDU-Fraktion, AN/0210/2020

Inhalt des Antrages

„Die Bezirksvertretung möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, neben der Suche nach einem geeigneten Interimsstandort für das Bezirksrathaus die Möglichkeit zu prüfen, übergangsweise mindestens die kundennahen Bereiche des Bezirksrathauses in modernen Bürocontainern in unmittelbarer Nähe des Bezirksrathauses (Parkplätze) unterzubringen. Zudem sollten auch dezentrale Lösungen über den Stadtbezirk verteilt in die Überlegungen mit eingeschlossen werden.“

Antwort der Verwaltung

Die Verwaltung begrüßt, wenn die Suche nach einem Ausweichquartier auf den ganzen Stadtbezirk Rodenkirchen ausgeweitet werden kann und gegebenenfalls dezentrale Standorte für einzelne Bereiche gesucht werden können. Bisher lag ein Beschluss der Bezirksvertretung vor, dass eine Auslagerung zwingend in Rodenkirchen erfolgen muss. Da es kaum geeignete freie Flächen in Rodenkirchen in dieser Größenordnung gibt, erschwerte dieser Beschluss die Suche. Die Möglichkeit von dezentralen Standorten würde die Suche deutlich erleichtern und ein Verbleib des Kundencenters direkt in Rodenkirchen könnte berücksichtigt werden.

Die Lösung von Bürocontainern kommt aus mehreren Gründen nicht in Frage:

Die Ausschreibungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass es aufgrund der gesetzlichen Anforderungen an die Qualität der Container nur wenige Anbieter gibt. Dies hatte in der letzten Vergangenheit häufiger zur Folge, dass Ausschreibungen mehrfach erfolgen mussten, die Kosten in die Höhe stiegen und sich die Bauzeiten verlängert haben. Erfahrungsgemäß muss bei einem solchen Projekt von einer circa zwei- bis dreijährigen Bauzeit von der Ausschreibung bis zum Einzug ausgegangen werden und von Kosten in Höhe von circa 3 Millionen Euro nur für das Kundencenters.

Bei einer Auslagerung des gesamten Bürgeramtes auf diese Weise würden die Kosten circa 10 Millionen Euro betragen. Es gibt kein geeignetes Grundstück im städtischen Besitz, auf dem ausreichend Platz für Modulbauten und Parkplätze sichergestellt wären. Daher ist eine übergangsweise Containerlösung weder zeitlich von Vorteil noch wirtschaftlich vertretbar.

Die Verwaltung ist zuversichtlich, dass bei einer Ausweitung der Suche auf den gesamten Bezirk Rodenkirchen mit einer möglichen dezentralen Unterbringung eine schnelle Lösung gefunden werden kann. Die Suche nach einem Interim hat oberste Priorität.